Für die GOÄ ist nur der Moment der Aufnahme entscheidend

► Leserforum

Wahlleistungen: keine Delegation an nachgeordnete Ärzte innerhalb von 24 Stunden nach Aufnahme und vor Entlassung

FRAGE: „Mir ist zu Ohren gekommen, dass bei vorstationären Privatpatienten mit Chefarztbehandlung die Beratung und Untersuchung nicht vom Assistenzarzt, sondern nur vom Chefarzt oder dessen Vertreter durchgeführt werden darf – sind Sie der gleichen Meinung?“ |

ANTWORT: Die Auffassung ist korrekt. Der Grund liegt darin, dass unter den Begriff „stationär“ in der GOÄ auch die vor- und nachstationäre Behandlung fällt. § 4 GOÄ formuliert dies – wenn auch im juristischen Gesetzesjargon – eindeutig (Auszug): „Als eigene Leistungen im Rahmen einer wahlärztlichen stationären, teilstationären oder vor- und nachstationären Krankenhausbehandlung gelten nicht [...] Leistungen nach den Nummern 1 bis 62 des Gebührenverzeichnisses innerhalb von 24 Stunden nach der Aufnahme und innerhalb von 24 Stunden vor der Entlassung, [...] wenn diese nicht durch den Wahlarzt oder dessen vor Abschluss des Wahlarztvertrages dem Patienten benannten ständigen ärztlichen Vertreter persönlich erbracht werden [...]“. Oder „übersetzt“: Leistungen nach den Nrn. 1 bis 62 GOÄ gelten in den 24 h nach Aufnahme und vor Entlassung nur als eigene Leistungen, wenn sie auch persönlich (bzw. durch den ständigen Vertreter) erbracht wurden. Die 24-h-Frist beginnt bei Aufnahme (vorstationär), d. h., dass erst nach 24 Stunden die Nrn. 1 bis 62 GOÄ auch bei Delegation an nachgeordnete Ärzte möglich sind.

► Leserforum

Niedrige Knappschaftsvergütung trotz Wahlarztvertrag?

FRAGE: „Wenn Patienten über die Knappschaft stationär privat versichert sind, muss ich mich als liquidationsberechtigter Arzt dann an deren reduzierte Sätze und andere Begrenzungen halten? Hintergrund meiner Frage ist: Das Krankenhaus schließt einen „normalen“ wahlärztlichen Behandlungsvertrag mit den bei der Knappschaft versicherten Patienten ab. Ich liquidiere meine Leistungen im Rahmen der GOÄ. Ich persönlich habe aber weder mit der Knappschaft noch direkt mit dem Patienten einen Vertrag abgeschlossen. Bleibt es dann nicht mir überlassen, mit welchen Faktoren ich abrechne?“ |

ANTWORT: Die Vereinbarungen der Bundesknappschaft basieren auf einem Vertrag mit dem Verband der leitenden Krankenhausärzte (vlk) e.V. und sind im Prinzip nur für dessen Mitglieder bindend. Sofern aber der Wahlleistungsvertrag nicht entsprechende Angaben enthält, die sich auf die Abrechnung nach dem Knappschaftsvertrag beziehen, sondern allgemein auf die Abrechnung nach der GOÄ, ist davon auszugehen, dass der Patient auch eine Privatbehandlung gewünscht hat und eine nachträgliche Änderung auf die Sätze der Bundesknappschaft ergo nicht erfolgen muss.

Ohne Vereinbarung bzgl. Knappschaft wird nach GOÄ abgerechnet

MERKE | Bei Anwendung der Knappschaftssätze richtet sich im Übrigen der Honoraranspruch ausschließlich direkt an die Bundesknappschaft und nicht an den Patienten.